

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Energiepreisexplosionen stoppen - Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Wirtschaft ergreifen

Der Landtag stellt fest:

Die Versorgung und Gewährleistung des Zugangs zu bezahlbarer Energie ist ein zentrales Element der Daseinsvorsorge und stellt eine Grundvoraussetzung für Wohnen, Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dar.

Die stark gestiegenen Energiepreise führen zu einer großen Belastung der privaten Verbraucherinnen und Verbraucher, insbesondere der einkommensschwachen Haushalte, sowie der Wirtschaft und der energieintensiven Industrie. Deshalb bedarf es sowohl kurzfristiger Sofortmaßnahmen als auch struktureller Maßnahmen, um die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wirtschaft zu entlasten.

Für einkommensschwache Haushalte sind begleitende Maßnahmen über die sozialen Sicherungssysteme notwendig. Der von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte einmalige Heizkostenzuschuss ist hierfür ein erster Schritt. Darüber hinaus sind weitere dauerhafte und nachhaltige Lösungen dringend erforderlich.

Der Landtag Brandenburg bekräftigt, dass ein ambitionierter Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Netze und Speicher sowie die Verstärkung von Maßnahmen zur Systemintegration zu einer Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und zu einer Reduzierung der Beschaffungskosten führt und damit einen wichtigen Einflussfaktor zur perspektivischen Senkung der Energiepreise darstellt. Gleichzeitig gilt es weitere Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz und der gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten beim Ausbau der erneuerbaren Energien auszubauen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Ebene des Bundes

- a) für eine bedarfsdeckende Regelsatzhöhe bei Grundsicherungsleistungen im Rahmen des SGB II und SGB XII einzusetzen, die insbesondere sicherstellt, dass es nicht zu einer Energiearmut kommt.
- b) für Zuschüsse zu den Heiz- und Stromkosten für Haushalte mit niedrigem Einkommen einzusetzen, die keine Sozialleistungen beziehen.

- c) für eine Senkung der Energiesteuer und der Mehrwertsteuer auf Energie-, Heiz-, Brenn- und Kraftstoffpreise einzusetzen. Gleichzeitig ist dabei sicherzustellen, dass Steuersenkungen an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden.
- d) für gesetzliche Regelungen einzusetzen, die Gas- und Stromsperrungen aufgrund von Zahlungsunfähigkeit von Verbraucherinnen und Verbrauchern untersagen und für weitere geeignete Maßnahmen, wie z.B. die Einführung von Sozialtarifen und einer gesetzlichen Mitteilungspflicht für Energiedienstleister bei Zahlungsunfähigkeit privater Haushalte an die Sozialbehörden sowie einer kostenlosen Energieschuldenberatung, damit die Grundversorgung bei bezahlbaren Energiepreisen gewährleistet und eine Überschuldung vermieden werden kann.
- e) für einen verbesserten Schutz der Grundversorgung und der Verbraucherinnen und Verbraucher einzusetzen.
- f) für staatliche Hilfen zur Unterstützung von Tankstellenbetreibern in der Grenzregion zu Polen einzusetzen.

Begründung:

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts mussten Verbraucher für Energie zu Jahresbeginn 20,5 Prozent mehr zahlen als ein Jahr zuvor. Heizöl war 51,9 Prozent teurer, Erdgas 32,2 Prozent, Treibstoff 24,8 Prozent und Strom 11,1 Prozent. Die derzeit hohen Energiepreise machen auch vielen Brandenburgerinnen und Brandenburgern Sorgen. Nicht einkalkulierte höhere Abrechnungen, teurere Füllungen des Heizöltanks und monatliche Belastungen sind drastisch – zumal auch andere Alltagskosten steigen. Aber auch die Wirtschaft leidet unter den hohen Energiepreisen, die viele brandenburgische Unternehmen in ihrer Existenz bedrohen. Darüber hinaus sind viele Tankstellen in der Grenzregion zu Polen spätestens seit dem 1. Februar 2022 in ihrer Existenz akut gefährdet, nachdem durch Energie- und Mehrwertsteuersenkungen in Polen die dortigen Kraftstoffpreise ca. 60 Cent/l niedriger liegen als auf deutscher Seite.

Energie darf nicht zum Luxusgut werden. Die Gewährleistung des Zugangs zu bezahlbarer Energie ist elementarer Bestandteil der Daseinsfürsorge des Staates und erfordert in der gegenwärtigen Situation eine Mischung aus kurzfristigen und systembezogenen Maßnahmen, um der Energie-Preisspirale Einhalt zu gebieten. Dazu ist es unbedingt notwendig, die derzeitigen Energiepreise spürbar und nachhaltig zu senken und durch entsprechende sozialpolitische staatliche Maßnahmen Energiepreissteigerungen auszugleichen.

Einkommensarme Bürgerinnen und Bürger, vor allem langzeiterwerbslose Menschen, Bezieherinnen und Bezieher von Wohngeld, Kinderzuschlagsberechtigte, Rentnerinnen und Rentner oder Personen mit niedrigem Einkommen werden von hohen bzw. schnell steigenden Kosten für Strom und Heizenergie sowie für das Tanken überproportional hart getroffen. Sie verfügen in der Regel nicht über entsprechende finanzielle Reserven, um die Preisexplosionen ausgleichen zu können und haben auch keine Möglichkeit, diesen Belastungen auszuweichen.

Die derzeitige Situation um die gestiegenen Energiepreise ist einer komplexen und mehrdimensionalen Ausgangslage geschuldet. Insbesondere der sehr hohe Beschaffungspreis für Erdgas ist derzeit ausschlaggebend für die hohen Energiepreise bei Erdgas und Strom. Die derzeitige Situation zeigt aber auch die hohe Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Mit einer frühzeitigen und ernsthaften Umstellung auf erneuerbare Energien hätte diese starke Abhängigkeit vermieden werden können. Der Ausbau erneuerbarer Energien senkt den Strompreis, weil sie niedrigere Betriebskosten haben.